

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis: Mo allg. 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin, S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6809

Verantwortlicher Schriftleiter: Frh. Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adolfsstraße 10  
Fernsprecher Nr. 8890

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Angefragt in die Reichspostverwaltung

### Die Lage der deutschen Volkswirtschaft

Vom Staatssekretär d. V. Prof. Dr. Hirsch

Wer mit praktischen Wirtschaftlern über die deutsche Wirtschaftslage und über die deutschen Wirtschaftsaussichten spricht, stößt im allgemeinen auf eine sehr ungünstige Beurteilung nicht nur der augenblicklichen deutschen Wirtschaftslage, sondern auch der nächsten Entwicklung. Ich glaube nicht, viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß die gedrückte Stimmung, die gerade in einem Teil unseres Unternehmertums herrscht, nicht viel besser ist, als sie zur Zeit der Inflation war. Wo diese gedrückte Stimmung nicht sachlich begründet ist, da wird sie trotzdem laut vorgetragen. Den besten Ausdruck hat dieser Wirtschaftspessimismus vor einiger Zeit in der bekannten Eingabe der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände an den Reichskanzler gefunden, in der diese sich gegen jede Lohnbesserung, gegen jede Verringerung der Arbeitsbedingungen wandte und zur Begründung auf die schlechte Lage der deutschen Wirtschaft verwies. Ich halte es für notwendig, daß man sich überall, wo die Lebensfragen der deutschen Wirtschaft und insbesondere auch des deutschen Arbeiterstandes behandelt werden, mit diesen Gedankenengängen befaßt, auch deswegen, weil sie diejenigen Argumente sind, die sowohl in der politischen und in der wirtschaftspolitischen Arbeit wie in der praktischen Lohnbewegung immer wieder hervortreten.

Das erste Bedenken, das die Arbeitgeber anführen, ist die große Passivität der deutschen Handelsbilanz. Wir haben zweifellos mehr Einfuhr als Ausfuhr. Im vorigen Jahre wies die amtliche Statistik für ein einziges Jahr 1 1/2 Milliarden mehr Einfuhr als Ausfuhr. Im laufenden Jahre werden es mindestens 3 Milliarden Mehreinfuhr werden, wahrscheinlich 3 1/2 bis 4 Milliarden. Nun geht die Schlussfolgerung weiter: Wenn ein Land so viel mehr Einfuhr als Ausfuhr hat, dann ist das ein Zeichen für seine wirtschaftliche Krankheit. Mehr Einfuhr als Ausfuhr — so geht gewöhnlich die Beweisführung — ist ungefähr daselbe, wie wenn ein Privatmann mehr einkauft, als er verkaufen kann; das bedeutet, er muß bei den Schulden geraten. Die Wirtschaftspessimisten erklären, wir können nicht so viel herstellen, wie wir brauchen; deswegen müssen wir drauhen borgen. Das führt zu der scheinbar zwingenden Schlussfolgerung: Unsere Wirtschaft ist nicht gesund, unsere Wirtschaft ist passiv, das heißt wir verbrauchen mehr, als wir herstellen. Die Arbeitgeberverbände sagen etwa: Wir verbrauchen zu viel, wir schaffen zu wenig. Dabei müßte es — und das ist der zweite Gedankenengang — genau umgekehrt sein; denn durch den Friedensvertrag haben wir ja 18 vH unseres Bodens verloren, aber nur 10 vH unserer Bevölkerung. Folglich müssen wir, da wir uns früher schon nicht vom eigenen Boden ernähren konnten, jetzt noch mehr von drauhen kaufen. Damit wir das aber können, müssen wir noch mehr nach drauhen verkaufen. Dazu ein Drittes! Früher waren wir Gläubigerland, das heißt das Ausland schuldet uns ziemlich viel Geld; ungefähr 30 Milliarden Goldmark hatten wir dort angelegt, und wir bekamen an Zinsen und Tilgung vom Ausland jährlich Milliarden herein, meistens nicht als bares Geld, sondern als Rohstoffe und Nahrungsmittel, für die wir nichts zu zahlen hatten. Jetzt ist es umgekehrt. Für Reparationen sollen wir im ersten Jahr, das jetzt bald vorbei ist, 1 Milliarde zahlen, bald darauf 1 1/2 Milliarde und vom Jahre 1928 ab 2 1/2 Milliarden. Die Arbeitgeberverbände erklären nun: Wenn wir das sollen, dann muß das Verhältnis umgekehrt sein, dann dürfen wir nicht mehr einführen, als wir ausführen, sondern wir müssen mehr exportieren, als wir hereinbringen. Wir müßten — so folgert die Vereinigung der Arbeitgeberverbände — einen erhöhten Export haben; wir haben aber einen verminderten Export. Das hat weiter die Gefahr — so wird mehrfach erklärt —, daß unsere Währung gefährdet wird; denn wenn man dauernd mehr einführt als ausführt, dann tritt Verschuldung ein, dann tritt zuletzt wieder der Verkauf von Mark ein, wie wir ihn früher einmal mit so traurigen Wirkungen erlebt haben.

Das alles aber — und das ist der Kern der ganzen Argumentation — ist nach der bekannten Rai-Denkschrift der Arbeitgeberverbände hauptsächlich mit verursacht durch die Inflation, die Inflation der deutschen Wirtschaft, insbesondere auch der deutschen Arbeiter. Die deutsche Produktion ist sehr viel niedriger als in der Vorkriegszeit. Sie beträgt ungefähr 70 vH der Vorkriegszeit. Nun beträgt aber die Bevölkerungsziffer ungefähr 86 vH derjenigen vor dem Kriege. Die zweite Behauptung geht dahin: Diese Minderproduktion ist auch noch viel zu teuer, denn die Löhne, die sozialen Lasten sind schon über die Höhe der Vorkriegszeit hinausgegangen; rechnet man die Steuern und sozialen Lasten dazu, dann ist die Belastung mindestens 1 1/2 mal so groß als in der Vorkriegszeit. Die Kosten der Arbeitskraft sind, gemessen an der Leistung, die verbleibt, um so viel größer, daß dadurch die höheren Preise, die Exportfähigkeit, die Erleichterung der Wirtschaft erheblich sind. Die Schlussfolgerung, die daraus gezogen wird, haben wir alle in den letzten Wochen erlebt. Man sagt: Weil unsere Preise so hoch sind — und das kommt wieder daher, daß die Löhne so hoch sind — müssen wir uns gegen die ausländische Konkurrenz schützen; darum brauchen wir die Zölle, auch wenn sie den inländischen Verbrauch belasten. Man sagt dann weiter: Damit wir drauhen konkurrieren können, brauchen wir nicht höhere, sondern eher niedrigere Lohnkosten, keineswegs aber eine Verbesserung der Löhne, obwohl die Preise ständig steigen. Dann kommt weiter die Schlussfolgerung: Damit endlich die Ausnutzung des einzelnen Betriebes besser wird, muß der Einspruch der Nachkriegsgesetzgebung möglich gemacht werden, die sogenannten Antitrustgesetze, wieder aus den Betrieben verschwinden;

man muß dem Unternehmer — so hat es insbesondere ein früherer Wirtschaftsminister, der Volksparteiler Herr v. Raumer, einmal angedeutet — die „Wahrnehmung der Konjunktur im eigenen Betriebe“ gestatten. In normales Deutsch übersetzt, bedeutet das: Man muß dem Unternehmer gestatten, auch dann die Arbeitszeit zu verlängern, wenn anderswo Arbeitslosigkeit und festernde Hände zu finden sind, und zwar deswegen, weil eben die deutsche Wirtschaft minderleistungsfähig geworden ist, weil die Arbeitskraft zu teuer ist. An einer Stelle dieser Denkschrift, die ich wirklich zum Studium empfehlen kann, heißt es: „Sucht man nicht endlich die Grundlage gesunder Wirtschaftsführung in Verbindung mit dem von uns erstrebten sozialen Frieden zu gewinnen, so kann der Absterbungsprozess des deutschen Wirtschaftskörpers nicht aufgehalten werden.“ Es ist nicht das erste Mal, daß wir das hören. Schon vor einer Reihe von Jahren hat man von dem Absterben der deutschen Wirtschaft gesprochen. Dabei findet man, wenn man die Wirklichkeit betrachtet, etwas sehr Merkwürdiges; denn bis jetzt sehen die Dinge doch wesentlich anders aus. In Parenthese bemerkt: Es ist sehr zweifelhaft, ob solche Schwarzmalerei für die deutsche Wirtschaft nützlich ist. Denn auf der einen Seite verlangen wir ja doch Auslandsdarlehen, auf der anderen Seite sagen wir: Bei uns sieht es sehr trübe aus, unsere Arbeitnehmer tun nicht genug, wir sind rettungslos passiv, und wenn es noch so ein bißchen weitergeht, dann befinden wir uns in einem Absterbungsprozess.

Nun aber das Ausland, das ich mit in den letzten Jahren etwas näher angesehen habe. Das Ausland glaubt nämlich nicht ganz, was hier erklärt wird. Einer der besten Wirtschaftler der Vereinigten Staaten von Amerika, der frühere Vorkämpfer Douglass, derjenige Mann, dem wir in Wirklichkeit die Hilfe, die uns in den letzten Jahren durch den Dawesplan geworden ist, in erster Linie mit verdanken, hat einmal das Wort von dem „deutschen Wirtschaftswunder“ geprägt. Dieser Amerikaner, der sich nicht von dem belehrbaren Uch, was ihm gesagt wurde, formen lassen kann, hat er sagt: Die deutsche Wirtschaft scheint ein Wunder vollbracht zu haben, denn noch nie war ein Volk so aufgepumpt, so aufgemerzt, wie das deutsche Volk in der Nachkriegszeit; wohl noch nie hat es unter so ungünstigen schweren inneren und äußeren Umständen arbeiten müssen. Und dennoch zeigt sich dem, der die Dinge unbefangenen sieht, ein ganz anderes Bild, so daß man von einem außerordentlich günstigen Wiederaufbau reden kann.

Nun aber das Ausland, das ich mit in den letzten Jahren etwas näher angesehen habe. Das Ausland glaubt nämlich nicht ganz, was hier erklärt wird. Einer der besten Wirtschaftler der Vereinigten Staaten von Amerika, der frühere Vorkämpfer Douglass, derjenige Mann, dem wir in Wirklichkeit die Hilfe, die uns in den letzten Jahren durch den Dawesplan geworden ist, in erster Linie mit verdanken, hat einmal das Wort von dem „deutschen Wirtschaftswunder“ geprägt. Dieser Amerikaner, der sich nicht von dem belehrbaren Uch, was ihm gesagt wurde, formen lassen kann, hat er sagt: Die deutsche Wirtschaft scheint ein Wunder vollbracht zu haben, denn noch nie war ein Volk so aufgepumpt, so aufgemerzt, wie das deutsche Volk in der Nachkriegszeit; wohl noch nie hat es unter so ungünstigen schweren inneren und äußeren Umständen arbeiten müssen. Und dennoch zeigt sich dem, der die Dinge unbefangenen sieht, ein ganz anderes Bild, so daß man von einem außerordentlich günstigen Wiederaufbau reden kann.

### „Reiflose Übereinstimmung“ zwischen Reichsarbeitsministerium und Unternehmertum

Das Vertrauen der Arbeiter aller Richtungen zum Reichsarbeitsministerium ist längst in die Wirten gegangen. Wie könnte es auch anders sein? Seitdem der Zentrumsmann Dr. Braun an der Spitze dieses Ministeriums steht, haben die Arbeiter mit immer völligerer Bereitwilligkeit auf die Anerkennung ihrer nur zu berechtigten Wünsche gewartet. Anstelle von sozialpolitischen Maßnahmen kamen dumme Versprechungen, deren Erfüllung das Ministerium gänzlich vergessen hat. Es sei nur erinnert an das Versprechen, den Achtstundentag wieder gesetzlich einzuführen, an die Derner Abmachung mit den Arbeitnehmern Frankreichs und Belgiens, an das ständige Gezerre der amtlichen Schlichtungsstellen, ein paar Pfennigen Lohneserhöhung zuzustimmen. Bei fast allen Lohnkämpfen hat das Arbeitsministerium gegen die Arbeiter Stellung genommen, also gegen die Volksschicht, deren Lebenshaltung die reaktionären Parteien einschließlich des Zentrums durch Zollwucher unerhört verteuert haben. Die aufgemerzten, elend entlohnten, durch Zoll und Steuer unerträglich belasteten Arbeiter mögen sehen, wo sie bleiben. Wenn sie Leib und Seele nicht zusammenhalten können, so ist das zwar bedauerlich, aber das Arbeitsministerium darf nichts für sie tun, weil das die „notleidende Wirtschaft“, das sind die geld- und fettreichen Unternehmer, hds bestimmen würde. Denn diese sind die wirklichen Herren und Auftraggeber des Ministeriums.

Wer da meint, wir machten uns bei Übertreibung schuldig, der lese die Aktennotiz Dr. Meißners, des Syndikus der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die in der Gewerkschaftszeitung vom 28. September veröffentlicht ist. Die Aktennotiz des Unternehmersyndikus beginnt folgendermaßen:

Am Sonnabend den 8. August hatte ich eine vertrauliche Besprechung mit dem Herrn Ministerialdirektor Dr. Eißler und Ministerialrat Wewes. Der Ausgangspunkt der Besprechung war die Lage im Bergewerbe mit Hinweis auf die am Montag beginnenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Es kam mir darauf an, noch einmal die Herren mit allem Nachdruck zu bitten, die bezüglichen Verhandlungen als Ergebnis auch der für die einzelnen Bezirke erzielenden Verhandlungen anzusehen, sich zu beteiligen und gleichzeitig dahin zu wirken, daß die Arbeit in den betroffenen Bezirken zu den bisherigen Bedingungen, vorbehaltlich der Durchführung des Schiedsverfahrens, wieder aufgenommen wird. Beide Herren bestätigten mir, daß sie sich bemühen werden, dieses Ziel zu erreichen.

Man lese noch einmal die Worte des Unternehmersyndikus: „Beide Herren bestätigten mir, daß sie entschlossen seien, dieses Ziel zu erreichen.“ Die ganze Ungehörigkeit der Befähigung der beiden amtlichen Herren wird erst klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der eine, Ministerialrat

Dr. Wewes, der Vorsitzende jenes vom Arbeitsministerium veranlaßten Schiedsgerichts war, das den Lohnstreit im Bergewerbe betreffen sollte. Der Schiedsgerichtsvorsitzende Wewes hatte sich demnach vorher schon auf das Ziel der Unternehmung verpflichtet, noch ehe er seines Amtes als Vorsitzender — unparteiisch waltete. Gegen diese Ungehörigkeit schmilzt selbst die Dreifaltigkeit des Unternehmersyndikus, sich in ein schwebendes Verfahren einzumischen, so unerhört sie auch ist, zu einer Einzigeit zusammen. Daß eine Amitsstelle eine derartige Einmischung nachdrücklich zurückzuweisen hat, ist den beiden arbeitsministeriellen Räten offenbar gar nicht in den Sinn gekommen.

Aus der Aktennotiz des Unternehmersyndikus erfahren wir weiter:

Ich benutzte dann diesen Vorgang, den Herren des Reichsarbeitsministeriums noch einmal nahezu legen, sie möchten doch endlich in der Frage der Lohnpolitik aus ihrer Passivität heraustreten, um ebenso nachdrücklich, wie sie sich in der Vergangenheit für die Belange der Arbeiterbewegung im Rahmen der deutschen Gesamtwirtschaft eingesetzt hätten, nun auch die Belange der Gesamtwirtschaft durch offenes Bekenntnis zu der Wichtigkeit des Standpunktes der Arbeitgeber zu sichern.

Im Laufe der Debatte zeigte ich volles Verständnis dafür, daß das Reichsarbeitsministerium jedenfalls die von uns verlangte Aktivität nicht in einer Form machen könne, die praktisch dazu führe, daß die Gewerkschaften das Vertrauen zum Reichsarbeitsministerium verlieren und deshalb bei ihrer jetzt so wirtschaftlichschädigenden Politik ihrerseits das Reichsarbeitsministerium selbst vollkommen ausschalten oder umgehen würden. Ich erklärte selbst für wünschenswerter, daß dem Ministerium auch im Rahmen des Schlichtungsverfahrens Gelegenheit gegeben werden müsse, aktiv tätig zu sein, um gerade hier praktisch die Aktivität in dem von mir bezeugten Sinne zu entwickeln. Der gegebene Weg wäre also, daß das Reichsarbeitsministerium bei jeder sich bietenden Gelegenheit, sei es in der Begründung von Schiedsprüchen, die die Lohnforderungen ablehnen, sei es in der Begründung von Verbindlichkeitsverträgen zu solchen Schiedsprüchen, seine Meinung über die Lohnlage, über die Wirtschaftslage und die zur Erörterung stehenden allgemeinen Interessen, sachlich und klar, über die dieser Weg beschritten, so würden wir selbst gar nicht bei dem Reichsarbeitsministerium zu suchen, daß er eine große Schwäche über diese Richtung des Reichsarbeitsministeriums zur Sprache bringt und sich nicht vertut. Wir wären selbst in seiner Weise Freunde solcher klaren Wirtschaftspolitik, da ja gerade beim Lohn-Streitigkeit besteht, wie bei der Wirtschaftslage überhaupt. Dagegen erklärte ich an sich für erwünschener, daß der Reichsarbeitsminister bei passender Gelegenheit auch wieder einmal mit einer Broschüre „Lohnpolitik“ an die Öffentlichkeit komme.

Die Herren zeigten für diesen von mir vorgeschlagenen Weg volles Interesse; wie überhaupt erstrebenwerteste festgestellt werden muß, daß bei der Betrachtung der Lohn- und Wirtschaftslage wohl reiflose Übereinstimmung bestand. Dr. Eißler namentlich erklärte, daß er sich im Sinne meiner Ausführungen vor Tagen bei einer Schlichterbesprechung in Kassel geäußert habe, wobei er wieder feststellen konnte, daß ein großer Teil der Schlichter über das von ihm entrollte Wirtschaftsbild unorientiert war und daß die Schlichter überfordert gewesen wären, weil sie die Lage bislang doch noch viel rofiger angesehen hätten. Diese Schlichterbesprechung habe also zweifellos auf die Schlichter tiefen Eindruck gemacht und würde ihre Auswirkung auch auf die Schlichtungsausschüsse nicht verfehlen. Dr. Eißler sagte weiter, er wolle in den sich ihm bietenden Fällen Begründungen im beregten Sinne geben und mit solche Entscheidungen dann auch jeweils zur Kenntnis übersenden; im übrigen wolle er dem Minister über die Unternehmung mit mir Kenntnis geben.

Also: der Unternehmersyndikus legt den beiden Räten des Arbeitsministeriums nahe, aus der Passivität in der Lohnpolitik herauszutreten, durch offenes Bekenntnis die Wichtigkeit des Standpunktes der Arbeitgeber zu sichern. Freilich nicht in einer Form, die das Arbeitsministerium um das Vertrauen der Gewerkschaften bringen könne, weil das für die Ziele der Lohnbrücker nachteilig sei. Der Reichsarbeitsminister solle aber wieder einmal eine Broschüre über Lohnpolitik schreiben. Und in alledem ergab sich eine „reiflose Übereinstimmung“.

Hier wird schwarz auf weiß bestätigt, was wir auf Grund der vielfältigen Haltung des Arbeitsministeriums und seiner nachgeordneten Stellen seit langem annehmen mußten: die Übereinstimmung des Arbeitsministeriums mit dem Unternehmertum. Die Aktennotiz läßt die „unparteiische“ Schlichterei als eine Rachehaft zugunsten des Unternehmertums erscheinen. Was die um Verbesserung ihres großen Lohnes ringenden Arbeiter zu erwarten haben, wenn sie noch vertrauensvoll nach den amtlichen Schlichtungsstellen aufblicken, können sie aus den folgenden Sätzen der Aktennotiz erkennen:

Dr. Eißler teilte ferner, zwar in vorzüglicher Weise, aber deutlich genug mit, daß das Reichsarbeitsministerium sich entschlossen habe, von dem Mittel der Verbindlichkeitsverträge so gut wie keinen Gebrauch mehr zu machen und selbst bei den lebenswichtigen Betrieben (Pohle, Braunkohle, Eisenbahn) sich auch die Nichtanwendung von Fall zu Fall noch offen zu lassen. Eißler bezeichnete als Ziel dieser Maßnahme, er wolle vorbeugen, daß bei einer künftigen Reform des Schlichtungswesens, die auch er erwartete, eine wesentliche Modifizierung der Bedingungen über die Verbindlichkeitsverträge den Anschein erwecken würde, als würde dem Reichsarbeitsminister bei dieser Schlichtungsordnung ein Vorteil von ihm in Anspruch genommenes und ausgedehntes Recht entgegen. Er würde vielmehr schon vorher die Praxis darauf einstellen, sich dieses Mittels zu enthalten; dadurch wieder wird für das Ministerium die Gesetzesänderung ohne Prestigeverlust erträglich und der Wirtschaft sei auch jetzt schon geholfen. Vor allem erklärte sich Eißler völlig mit mir darüber einig, daß es ganz angelegentlich wäre, der einschneidenden Wirtschaftskrise, die auch er höchstens ab Oktober erwartete und der damit verbundenen Tendenz des Lohnabbaus durch das Mittel des nachlässigen Tarifzwanges entgegenzuwirken, eine Übereinstimmung, die ich mit besonderer Genugtuung feststellte.



# Die sowjetrussischen Gewerkschaften

Geschildert von ihrem Zentralrat.

Von den sowjetrussischen Gewerkschaften kommen nur sehr wenige Berichte in die westeuropäische Öffentlichkeit. Was darin über die Zahl der Mitglieder, sowie über ihre Bestimmung, ihre Rechte und Freiheiten geschrieben steht, hat die Wahrscheinlichkeit oft zu sehr gegen sich, als daß man es glauben könnte. Und wenn einer seine Zweifel an der Wahrhaftigkeit der Berichte äußert, wird ihm von der kommunistischen Presse eine tatarische Behandlung zuteil. So konnte es kommen, daß die westeuropäische Gewerkschaftswelt ein arg schwankendes und nicht gerade leichtes Bild von den russischen Gewerkschaften bekam. Inwiefern es zutreffend ist, läßt sich jetzt an zwei verbürgten Darlegungen nachprüfen, wovon die eine vom Zentralrat der sowjetrussischen Gewerkschaften, die andere von deren Sekretär Andrejew stammt. Wir finden die beiden Darstellungen in den Informations Sociales des Internationalen Arbeitsrates vom 7. September. Da sie in dieser Schrift neun Seiten füllen, müssen wir uns hier mit kurzen Auszügen begnügen:

Der Zentralrat der sowjetrussischen Gewerkschaften hat am 18. Juli 1925 (Trud 18. Juli 1925) ein Rundschreiben an seine Organisationen erlassen, worin er diese um eine Änderung ihrer Politik ersucht. Dieses Rundschreiben hat den Zweck, die schwersten Mängel der russischen Gewerkschaftsorganisation zu beheben und besonders die Arbeiter, die den Gewerkschaften gegenüber immer gleichgültiger werden, in diese zurückzuführen.

### Die Arbeit und ihre Ursachen.

Die größte Gefahr, die der russischen Gewerkschaftsorganisation droht, ist, wie der Sekretär Andrejew (Trud 18. Juli 1925) sagt, die Möglichkeit einer vollständigen Trennung der Arbeiter von den Gewerkschaften, wofür Laibweise angeführt werden. Als Ursachen des Hinwegstrebens der Arbeiter von den Gewerkschaften wird zunächst der bürokratische Geist der Gewerkschaftsfunktionäre genannt. Sie beschränkten sich darauf, Schriftstücke zu sortieren, Rundschreiben zu erlassen, ohne sich um die Wünsche und Nöte der Mitglieder zu kümmern. Dies sei vornehmlich bei den Betriebsräten der Fall, die doch eigentlich mehr wie alle anderen Funktionäre eine enge Verbindung mit der Masse suchen sollten. Doch schädlicher als der bürokratische Geist wirkte die Korruption.

In allen Gewerkschaftsversammlungen der letzten Zeit hat man Unterschleife, Veruntreuungen, unerlaubte Vorschüsse und ähnliches mehr festgestellt. Die Unterschlagungen von Gewerkschaftsgeldern, sagt der Zentralrat in seinem Rundschreiben, geschieht fortgesetzt. Man findet Diebe in der gewerkschaftlichen Hierarchie von oben bis unten, vom verantwortlichen Funktionär bis zum Vorstehenden über den Sekretär hinweg zum Kassier und Buchhalter. Die Unterschlagungen werden begünstigt durch die Abwesenheit jeder ernstlichen Kontrolle, dann freilich auch durch die geneigte Haltung der Arbeiterräte, Gewerkschaftsvorstände und der Arbeiter selbst den Betrüger gegenüber.

Den Hauptgrund dafür, daß die Arbeiter den Versammlungen und Wahlen der Gewerkschaften fernbleiben, sieht der Zentralrat in der Tatsache, daß die Kandidatenlisten vorher von den kommunistischen Zellen zurecht gemacht werden und die Generalversammlung selbst darüber nicht einmal sprechen kann. Die zur Wiederwahl stehenden Kandidaten geben sehr selten einen Bericht von ihrer Tätigkeit, und wo es geschieht, wird er mit Schweigen übergegangen. Die Mitglieder, die von dem Recht des Redens Gebrauch machen, setzen sich Unterdrückungsmaßnahmen aus, die bis zum Ausschluß aus der Gewerkschaft gehen, was gewöhnlich mit dem Verluste des Arbeitsplatzes verbunden ist. So hütet sich jeder, zu kritisieren. Unter solchen Umständen sind die Versammlungen eintönig, wo ein Bericht vorbereitet ist, wird er verlesen, seine Gutheißung mit der gebräuchlichsten Formel: „Angenommen ohne Opposition“ festgestellt. Und die vorgeschlagenen Kandidaten werden gleichfalls „ohne Opposition“ gewählt.

Noch schlimmer indessen ist die Tatsache, daß in verschiedenen Staatsbetrieben die Arbeiterausschüsse zu vergessen scheinen, daß sie zur Vertretung der Arbeiterkraft da sind. Sie werden alle Handlungen der Direktion, selbst wenn sie gegen die Interessen der Lohnempfänger sind. In gewissen Fällen bedrohen die Arbeiterausschüsse im Einvernehmen mit der Direktion streikende Arbeiter mit der Aussperrung, und die Ausschüsse sind für die Entlassung solcher Leute, die die Direktion als „unerwünscht“ ansieht. Wenn, wie es oft der Fall ist, die Direktion die Bezahlung in dem Maße herabsetzt, wie der Arbeiter seine Leistung steigert, stimmen dem die Ausschüsse zu. „Diese Tatsachen“, sagt der Zentralrat, „beweisen, daß die Organe, die zur Verteidigung der Arbeiterinteressen berufen sind, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen.“

Mehr als 50 vH der Organisierten bezahlen ihre Beiträge nicht. Die allgemeinen Versammlungen sind in der Regel wenig besucht. Die Tagesordnung ist mit Dingen überladen, die keinerlei Beziehung zu den unmittelbaren Notwendigkeiten der Mit-

glieder haben. Man erörtert beispielsweise die Probleme der Weltpolitik, des Ostkrieges usw. Eine Seuche, die in den Gewerkschaften grassiert und dazu beiträgt, die Arbeiter davonzutreiben, ist der Mißbrauch der sogenannten freiwilligen Beiträge. Die Arbeiter sind durch den Beschluß der Gewerkschaftsvorstände, Betriebsräte und selbst der Generalversammlungen (die nicht wagen, sich den Weisungen der Ausschüsse zu widersetzen) gehalten, Beiträge für zahlreiche Werke „von öffentlichem Interesse“ zu zeichnen. So für die Vereinigung für die Entwicklung der Luftflotte, für die Entwicklung der Chemie zum Gebrauch der Armee, für die internationale Hilfe der Revolutionäre usw. Solche Zeichnungen verschlingen 10 bis 12 vH des Lohnes.

Andererseits wachsen die gewerkschaftlichen Stellen weder über die strenge Beobachtung der Kollektivverträge noch der Gewerkschaftsstatuten. Der Ruf der Gewerkschaftsorganisation leidet durch diese Nachlässigkeit, und in der Folge messen die Arbeiter den gewerkschaftlichen Grundätzen immer weniger Wert bei. Sie sagen: „Der ganze Bettel ist keinen Heller wert.“

### Vorgeschlagene Besserungsmittel

Um dem trüben Stand der Dinge abzuhelfen, schlägt der Zentralrat in seinem eingangs erwähnten Rundschreiben verschiedene Maßnahmen vor. Damit die Vorschläge auch von den Gewerkschaften ernst genommen werden, scharf ihnen der Sekretär Andrejew ein: „Diesmal handelt es sich nicht darum, nur für die Fassade zu sprechen oder nur um das Ausland zu beeindrucken. Die Pflicht der gewerkschaftlichen Führer und der kommunistischen Partei ist, die Bewegung zur Gesundung der sowjetrussischen Gewerkschaftsorganisation bis zum Erfolg weiterzuführen.“ Und der Zentralrat zeigt an, daß die Funktionäre, die sich nicht nach den Weisungen richten, beurlaubt oder ersezt werden.

Als Mittel der Besserung werden vorgeschlagen, daß fortan jeder Betriebsrat der allgemeinen Versammlung einen Tätigkeitsbericht vorzulegen hat; daß jede Kandidatur besprochen und über sie getrennt abgestimmt werden soll und daß die Kritik nicht nur zu dulden, sondern gutzuheißen ist. Die sogenannten freiwilligen Beiträge sollen auch wirklich freiwillig sein. Die Gewerkschaften sollen sich mehr um die Einholung ihrer eigentlichen Beiträge kümmern und dazu besondere Funktionäre heranziehen. Um die Unterschlagungen zu unterbinden, „ist es unerlässlich, daß die gewerkschaftlichen Funktionäre als auch die Arbeiter ihre Haltung gegenüber den Betrüger ändern und aufhören, sie mit Wohlwollen zu betrachten. Es ist nötig, nicht nur die Betrüger, sondern auch die gewerkschaftlichen Stellen unbarmherzig zu bestrafen, die durch Duldung der Abwesenheit einer Kontrolle Betrügereien begünstigen.“ Von nun an sollen alle Ortsgruppen jeden Monat einen Bericht über die Unterschlagungen und über die dagegen getroffenen Maßnahmen einreichen.

Die Lösung der Betriebsräte soll sein: Bilden und überlegen. Mit den wegen Nichtigkeit oder selbst ohne stichhaltigen Grund dekretierten Ausschüssen aus der Gewerkschaft sei zu brechen. Die Abwesenheit von einer Generalversammlung oder die Nichtbeteiligung an religiösen Festen (!) darf nicht mehr als Ausschlußgrund betrachtet werden. Die Ausschüsse dürfen indessen „auf die Interessen der Arbeiterklasse nur insoweit Rücksicht nehmen, als sie sich bereinen lassen mit dem Zustand der nationalen Wirtschaft und dem dem Proletariat zugewiesenen allgemeinen Aufgaben“. Die Betriebsräte sollen auch weiterhin die Steigerung der Produktivität fördern, aber nicht vergessen, daß sie die Vertreter ihrer Arbeitsskameraden sind. Es scheint unzulässig, daß die Betriebsräte alle Befehle der Werkdirektionen gegenzeichnen, ohne sich auch nur die Mühe zu nehmen, die Befehle zu erörtern, selbst wenn es sich um Entlassungen von Arbeitern infolge eines Streites, einer Weigerung, den Lohn zu erhöhen oder dergleichen handelt.

Die Lohnpolitik der Gewerkschaften soll danach streben, die Bezahlung in der Großindustrie und dem Verkehr zu erhöhen, wenn sie unter dem allgemeinen Durchschnitt steht. Der Leistungslohn ist überall anzunehmen, wo es möglich ist. Der Zentralrat warnt die Betriebsausschüsse vor der Neigung, die Leistungstaxe, die von der Direktion vorgeschlagen werden, unterschleiflos anzunehmen. Weiter ersucht er die Gewerkschaften, in dem Kollektivvertrag eine Bestimmung einzufügen, die besagt, daß bei Einstellungen Gewerkschaftsmitgliedern der Vorrang gegeben wird. Es dürfen aber nicht, wie das gegenwärtig vorkommt, unorganisierte Arbeiter entlassen werden, um organisierten Platz zu machen. Die Gewerkschaften dürfen besonders bei der Einstellung keinen Unterschied machen zwischen ihren eigenen Mitgliedern und den anderer Verbände. Die Gewerkschaften können nicht ihre Mitglieder nur deswegen ausschließen, weil sie keine Arbeit haben. Andererseits dürfen sie nicht das Aufnahmegesuch

eines unorganisierten Arbeitslosen annehmen. Die Arbeitslosenunterstützung soll von den Gewerkschaften möglichst von ihrem gewöhnlichen Fonds genommen werden. Sonderbeiträge für die Arbeitslosen haben freiwillig zu sein und dürfen 0,5 vH des Lohnes eines jeden Arbeiters nicht übersteigen.

Das sind im wesentlichen die Besserungsvorschläge. Wir haben sie ziemlich ausführlich wiedergegeben, weil sie geeignet sind, das Bild, das die vorhergehende Kritik des Zentralrates von der Beschaffenheit der sowjetrussischen Gewerkschaften gibt, zu vervollständigen.

### Die Reaktion in Rumänien

Nur selten dringen Nachrichten über die Verfolgung der Arbeiterpartei Rumäniens über die Grenzen dieses Landes, dessen Nachbar im Westen die Türkei, im Norden Bulgarien, die offen mit Galgen und Strick arbeiten, im Süden Italien und sich hauptsächlich auf die rumänen Kerkermauern verlassen. Noch jetzt herrscht in Rumänien in den größeren Städten der Belagerungszustand und die Kriegsgerichte urteilen sogar über Pressebelästigungen. So hat das Kriegsgericht in Klausenburg gegen sämtliche Redakteure der Gewerkschafts- und Parteipresse im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Manifests des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein Verfahren wegen Verleumdung eingeleitet, das nun wahrscheinlich auch auf den Gewerkschaftsrat ausgedehnt werden wird, dem die Kommunisten bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten „Paktieren“ mit den Behörden vorwerfen. Außerdem sind in allerletzter Zeit einige leitende Genossen der Bergarbeiterorganisation im Stillen verhaftet worden, weil die rumänische Delegation nach Monaten erfahren hat, daß diese Führer vor dem 1. Mai zusammengekommen sind, um ein an die Behörden gerichtetes Geheiß betr. die Bewilligung für die Abhaltung einer Meißelfeier zu unterschreiben. Diese Kameraden werden beschuldigt, zum Zwecke der Organisation einer Meißelfeier und der Unterstützung der Arbeitsskizzen eine geheime Sitzung abgehalten zu haben. Nach einem Verhör vor dem Kriegsgericht erfolgte allerdings die Freilassung, das Verfahren nimmt jedoch seinen Fortgang und die Lage der Angeklagten wird durch den Umstand erschwert, daß sie auf Grund des Ausnahmegesetzes angeklagt sind, das als Mindeststrafe zwei Jahre Kerker vorseht.

**Automatische Kupplungen in Japan.** Am 17. Juli sind alle Wagen der japanischen Staatsbahnen, etwa 63 000, mit automatischen Kupplungen versehen worden. Die Anbringung erfolgte im Laufe eines einzigen Tages. Mit Ausnahme einiger besonterer Güterzüge, lag der gesamte Verkehr der Staatsbahnen an diesem Tage still. Die Wagen wurden an 221 Stationen zusammengeführt und 12 000 Leute waren mit den Anbringungsarbeiten beschäftigt. Die Kosten werden auf 26 900 000 Yen angegeben. Soweit sie von der Staatsbahn zu tragen sind, hat die Regierung auch die Kosten für die Anbringung von automatischen Kupplungen an 6000 Wagen übernommen, die privaten Eisenbahngesellschaften gehören. Die Eisenbahnen von Formosa, Korea und der Submandschurie, die unter japanischer Kontrolle stehen, haben die automatische Kupplung bereits seit einiger Zeit im Gebrauch. Das gleiche gilt von den etwa 1300 Meilen langen Kōtōdo-Linien und den Vorortbahnen von Tokio. Man hofft, daß durch allgemeine Einführung der automatischen Kupplung die Zahl der bei Kupplungsarbeiten erfolgten Unfälle, die während der letzten fünf Jahre im Durchschnitt auf 220 jährlich angegeben werden, erheblich zurückgeht.

### Die angebliche Aussperrung in Hagen-Arnberg

In Hohenlimburg stehen in drei Betrieben ungefähr 400 Metallarbeiter im Lohnkampf. Der Schlichtungsausschuß Hagen fällt vor einigen Wochen einen Schiedspruch, der die bisherigen Löhne — Handwerkerlohn 60 % — bis zum 31. Oktober festsetzt. Der Schiedspruch wurde von unserm Verband abgelehnt, eine Verbindlichkeitsklärung, die von den Unternehmern beantragt war, nicht ausgesprochen. Nachdem nun diese 400 Arbeiter in den Lohnkampf eingetreten waren, erließ der Arbeitgeberverband für Hohenlimburg eine Bekanntmachung, daß, wenn bis zum 2. Oktober von den Ausschüssigen die Arbeit nicht wieder aufgenommen werde, sämtliche Arbeiter Hohenlimburgs ausgesperrt würden. Ein Verzicht des Schlichters, nochmals vermittelnd einzugreifen, scheiterte daran, daß bei den Verhandlungen die Unternehmer die Erklärung abgaben, keine Vollmacht zu haben, ein neues Schiedsgericht zu bilden.

Der Arbeitgeberverband für Hohenlimburg ist Mitglied des Verbandes der Fabrikantenvereine für den Regierungsbezirk Arnberg. Durch die Tagespresse ging nun die Nachricht, daß der genannte Verband in seinem Bereich beschäftigten Metallarbeiter — nach Zeitungsnachrichten etwa 60 000 — aussperrern würde. Wiederrufen wurde diese Meldung des Fabrikantenverbandes nicht, doch sind bindende Beschlüsse unserer zuständigen Verbände nicht bekannt.

**Abbau mit doppeltem Boden.** Gelegentlich einer Gewerkschafts-Lundgebung in Essen wurden zu den Massenansammlungen in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie folgende Angaben gemacht: Die Gutehoffnungshütte beschäftigte vor dem Kriege 9000 Arbeiter und 4 Direktoren, heute aber 8300 Arbeiter und 10 Direktoren, die Maschinenfabrik Thyssen 3800 Arbeiter und 3 Direktoren, heute 3800 Arbeiter und 7 Direktoren, die Dortmunder Union 6400 Arbeiter, 5 Direktoren und 21 leitende Beamte, jezt 10 000 Arbeiter, 19 Direktoren und 67 leitende Beamte, die Firma Krupp 30 000 Arbeiter, 10 Direktoren und 190 leitende Beamte, jezt 28 000 Arbeiter, 37 Direktoren und 730 leitende Beamte. Bei den deutschen Allien-gesellschaften ist seit dem Kriege die Zahl der Direktoren um 62 vH und die Zahl der Arbeiter um 1,3 vH gestiegen.

des Formandes nach Dohy und die Bestimmung der Gasdurchlässigkeit nach Reimelmer, welche Versuche in der Ausstellung vorgeführt wurden. Neben der vollständigen Einrichtung einer chemischen Prüf-anstalt für Siebereien (Wägezimmer, Arbeitsraum zur Bestimmung von Kohlenstoff, Silizium, Mangan, Schwefel, Phosphor im Eisen, zur Untersuchung von Kalkstein, Koks usw.) gab es einen kleinen Versuchsaum, in welchem ständig Gußeisen-, Sand-, Kalkstein- und Koks-analysen vorgenommen wurden, ferner mikroskopische Prüfungen des Sandes und schließlich Gassanalysen.

Die Abteilung Formerei gab einen Überblick über die Entwicklung des Formmaschinenbaues in den letzten Jahren, und zwar umfaßte sie eine Abbe- und Abstreifformmaschine für Handpressung, eine Plattenformmaschine für Handstampfung, eine Formformmaschine, bei der die Maschine nach Fertigstellung der Form zum Abheben auf 180 Grad gedreht wird, eine Kalkformmaschine, verbunden mit hydraulischer Verankerung, eine Formmaschine zur Herstellung kostenloser Formen usw. Eine besondere Abteilung bildete die Trocknung der Formen und Kerne, welche Zeichnungen und Modelle von Trockenformen hochgebauter Bauart aufwies. Das Baue-n war durch Sandstrahlgebläse mit Drehschieben, Freistrahlsgebläse, Pump-trömmeln, Druckluftwerkzeuge, Werkzeuge zum Enternen, ferner durch Angaben über zweckmäßige Einteilung der Pufferei, Vorbereitung für rationelles Gusspugen in der Kernmacherei und Pufferei vertreten u. a. m. Wie weil die Schweißtechnik für das Ausschleifen von zu Bruch gelangenen Guß vorgeschritten ist, zeigte die Abteilung Schweißen von Gußstücken, die wertvolle Angaben über das Schweißen durch Aufgießen, Gasflammschweißung und die Lichtbogen-, Bogen- und Lichtbogen-schweißung machen konnte, dann über den Einsatz der Schweißstromstärke, den elektrischen Lichtbogen, Ausführungsarten von Draugflammschweißungen, Einfluß verschiedener Zusätze zur Schweißung, Härte und Festigkeitseigenschaften der Schweißung, Herstellungseigenschaften bei geschweißtem Gußeisen, Schweißproben von Rundstäben usw.

Der Kupolofen wurde in bezug auf seine geschichtliche Entwicklung durch eine größere Anzahl von Zeichnungen und durch

mehrere Modelle erläutert, ebenso die Begichtung von Kupolofen von der ursprünglichen Begichtung mit Hand bis zur selbsttätigen Begichtung mittels Schrägaufzuges und bis zur neuesten zentralen, zuerst in Amerika ausgeführten Begichtung. In zwei Modellen war die Ofenausmauerung mit Silika- und Schamottesteinen zu sehen, an einem anderen Modell die Auskühlung von Stampfschlacke durch Brezring. Verschiedene Gattierungen für Kupolofen waren schematisch dargestellt und ferner zu dieser Abteilung gehörig Vorrichtungen zur Erzeugung und Verteilung des Gebläsewindes, wie Gebläse, Wind-leitungen, Windmengen- und Druckmesser, Sicherheitsventil am Wind-laffen usw. Neben den Kupolofen wurden auch die anderen in Siebereien üblichen Ofen vorgeführt, nämlich Flammöfen, Ziegelöfen für ein und mehrere Ziegel und elektrische Ofen. Von dieser letzten Schmelzart konnten verschiedene Ofensysteme teils durch Tafeln, teils durch Modelle eingesehen werden. Ferner wurden Angaben gemacht über die Wirtschaftlichkeit des elektrischen Ofens in der Sieberei, und zwar bei der Schmelzung von kaltem Gußguß, bei der Herstellung von synthetischem Gußeisen und beim Nachraffinieren von im Kupolofen geschmolzenem Gußeisen.

In der Abteilung Bewertung von Abfällen war zu erkennen, welche Möglichkeiten heute bestehen, wertvolle Stoffe aus Siebereiabfall und Abge wiederzugewinnen. Hierzu dienen Magnet-trommelscheider zur Wiedergewinnung von Eisen aus Altland und Siebereiabfall, das nachherfahren nach Graue und der Einzelfmagnet-trommelscheider nach Ulrich zur Wiedergewinnung von Koks und Koks aus Brennstoffrückständen, ferner die Herstellung von Schlacken-peinen aus Kupolofenschlacke. Die zur Prüfung des Gußeisens erforderlichen neuesten Einrichtungen waren in der Abteilung Prüfung des Gußeisens untergebracht, die Härteprüfer (Kugelbrudprelle, Bohrmachine), Pendelschammer, Wegemachinen, Kernzählmaschinen, Kräfteprüfer zum Untersuchen der Maschinen auf Richtigkeit des Kraftanzeigers, Mikroskope für metallographische Untersuchungen enthielt, ferner Zeichnungen und Schaubilder über Er-harrungsverlauf, Einfluß der Abkühlungsgeschwindigkeit usw. In welchem Umfange bereits Arbeiten auf dem Gebiete der Herstellung

von Qualitätsguß vorliegen, zeigte die Abteilung hochwertiges Gußeisen, wo man sah, daß die Verbindung von Gußeisen nur planmäßig und auf wissenschaftlicher Grundlage möglich ist. Erwähnung verdienen hier die Arbeiten des Eisenhüttenmännischen Instituts der technischen Hochschule Aachen, die sich auf die Untersuchung des Einflusses des Graphitgehaltes, des Mangans, Siliziums, Phosphors, Schwefelgehaltes usw. auf die verschiedenen Eigenschaften von Gußeisen erstrecken, ferner Schweißbilder, verschiedene Gußstücke, wie Gas-gylinder, Dampfhammerlasten für Lokomotiven, Economiserquerlappen, Winkelstübe, Probefläche, Probefläche aus derselben Pfanne, die die Veränderung des Gefüges bei verschiedenen Querschnitten und gleicher Gattierung zeigen sollten u. a. m. Einen besonderen Stand nahm auch der unter dem Namen Perlitguß bekannte Edelmetall, der die Fortschritte auf diesem Gebiete durch eine Reihe von Gußstücken mit besonders hohen Festigkeitswerten bewies.

Schließlich nahm die im Betriebe vorgeführte Sieberei die Aufmerksamkeit vieler Besucher schon aus dem Grunde in Anspruch, als sich wohl für viele zum ersten Male die Gelegenheit bot, einen nach dem von Amerika übernommenen Förder-bande arbeitenden Betrieb zu sehen. Bei dieser sogenannten Filter-arbeit werden die Gußformen auf dem Förderband am Kupolofen vorbeigeführt, hier abgegossen, dann weitergeleitet, die Formfläßen geleert und diese schließlich durch ein geringes Rollenband wieder zu den Formmaschinen zurückgeführt. Neben den Ausstellungsständen selbst erregten sich auch die Lichtspiele eines regen Besuches, in denen die neuesten Filme über die verschiedenen Gebiete der Siebereipraxis vorgeführt wurden.

Es ist dringend zu wünschen, daß die Siebereiachtende das, was sie in Düsseldorf an Besseren und Bessern gesehen haben, nun auch in ihren Betrieben einführen. Denn mit der technischen Ausbildung und den Arbeitseigenschaften hapert es im deutschen Siebereigewerbe noch gewaltig. Dadurch, daß heute auf den heute erreichten Hochstand gedrängt werden, läßt sich die Ertragsfähigkeit der Arbeit erheblich steigern und gleichzeitig die schwere Fron und sehr lange Beschäftigung der Arbeiter geringend bessern.

### „Lohnerhöhung bringt Preissteigerung“

Gar nichts Schlimmeres kann dem Arbeiter widerfahren, als eine Erhöhung seines Lohnes. Denn dadurch wird die Produktion verteuert, es steigen infolgedessen die Warenpreise, und für den höheren Lohn kann er schließlich weniger kaufen, als zuvor für den kleineren. Außerdem mindern die teureren Preise den Absatz; im Inland wird weniger gekauft, im Ausland werden wir durch fremden Wettbewerb unterbunden. Stilllegung von Betrieben, wachsende Arbeitslosigkeit sind die Folgen.

Das ist ein Gedankengang, den man jetzt tagtäglich in der kapitalistischen Presse findet. Um ihn ausführlich zu begründen, haben im Sommer 1924 sich die Unternehmer sogar eine besondere Broschüre kosten lassen, und sie veräumen keine Gelegenheit, keine Vereinstagung, kein Festessen, ihn in Reden vorzutragen, die nachher weiteste Verbreitung finden. Die öffentliche Meinung, namentlich auch die Arbeiter selbst, sollen durchaus daran glauben, daß die Unternehmer nicht etwa aus Eigenmuth Lohnerhöhungen ablehnen, sondern in — weitblickender Fürsorge für die Allgemeinheit und auch zum Nutzen der Arbeiter.

Wie ist es nun damit? Von vornherein wird sich der einfache Menschenverstand sagen: Keineswegs muß jede Lohnerhöhung auf den Verkaufspreis geschlagen werden, sie kann aus dem Profit der Unternehmer genommen werden. Und da doch die Kapitalisten nicht müde werden, aufzuführen, welche grauenhafte Folgen die Preissteigerung über Volk und Vaterland bringt, so sollte man erwarten, daß sie selbst das patriotische Opfer bringen und das Mehr an Lohn aus ihrem Profit tragen.

Hierauf haben die Unternehmer zwei Antworten bereit. Entweder sagen sie, der Profit sei nicht groß genug, um noch irgendeine Kürzung zu vertragen. Hierüber ist solange nicht zu reden, als die Unternehmer nicht die tatsächliche Größe des Profits bei Heller und Pfennig angeben. Das tun sie aber nur in ganz seltenen Ausnahmefällen, und in diesen Ausnahmefällen sind ihre Angaben falsch. Denn wenn z. B. die Kapitalisten des Ruhrbergbaus seit ein paar Jahren öffentlich Kalkulationen vorlegen, laut welchen sie bei jeder Tonne geförderter Kohle 1 bis 2 M oder auch noch mehr Verlust haben, so wird ja kein Mensch kindlich genug sein, ihnen zu glauben, daß sie alljährlich ungefähre 20 Millionen Mark zulegen.

Nun wäre es leicht, an dieser Stelle höflich zu werden. Auf der einen Seite schildern die Unternehmer mit Recht die großen Gefahren, die dem Vaterland aus der Preissteigerung erwachsen. Sie neuerdings geben sie sogar zu, daß die Löhne zu niedrig sind. Auf der andern Seite lassen sie sich über den „angemessenen“ Profit nicht einmal auf eine Erörterung ein. Der ist ihnen tabu, es darf nicht einmal darüber geredet werden. Heißt das nicht, daß ihnen der „angemessene“ Profit höher und heiliger steht als selbst das Vaterland? Heißt das nicht, daß sie das Opfer fürs Vaterland, das sie dem Arbeiter täglich und stündlich zumuten, selbst nicht bringen wollen?

Doch haben solche moralischen Vorwürfe keinen Zweck. Kein Unternehmer wird dadurch veranlaßt werden, seine Geschäftspraxis zu ändern — aus dem einfachen Grunde, weil er nicht kann.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß ein größeres Unternehmen billiger produziert als ein kleineres. (Die Gründe siehe ich als bekannt voraus.) Folglich ist jedes Unternehmen mit dem Unterfangen bedacht, das nicht nur die in seiner Branche vorhandene Durchschnittsgröße besitzt und dadurch den Durchschnittsgrad der Billigkeit in Produktion und Verkauf erreicht. Aber wie groß ist die durchschnittliche Betriebsgröße? Das kann in jedem einzelnen Augenblick niemand wissen. Auch ändert sie sich von Tag zu Tag; was heute gilt, kann morgen überholt sein. So steht jedes kapitalistische Unternehmen, ob klein, ob groß, jedes Augenblick in Gefahr, unterbunden, verdrängt, vernichtet zu werden. Bei Strafe des Untergangs ist es gezwungen, sich Preis und ständig zu vergrößern.

Wie kann es das tun? Nur durch sogenannte „Inflation“, das heißt indem es Teile des Profits zur Erweiterung des Betriebes benützt. Folglich ist es täglich und stündlich auf Bergsteigerung des Profits angewiesen. (Dazu kommt noch das Verzehren der stehenden Profite, dessen Erörterung aus hier zu weit führen würde.)

Das braucht nicht eine absolute Senkung des Arbeitslohnes zu sich zu schließen. In gewöhnlichen kapitalistischen Zeiten kann dabei auch der Arbeitslohn steigen, sofern nur der Profit schneller steigt. Heute aber leben wir nicht mehr in gewöhnlichen kapitalistischen Zeiten. Auf die gewohnte normale Weise, wie vor dem Weltkrieg, kann das Kapital den Profit nicht steigern. Damals geschah es vornehmlich durch Steigerung der Arbeitsproduktivität, so daß die Gesamtheit der Produktionskosten abnahm. Aus Gründen, die mindestens für Deutschland jeder zu sehen wird, ist das heute nicht mehr zu denken. Ich erinnere z. B. an die riesige Zunahme der Arbeiterzahl und Verkürzung seit dem Kriege, eheben des gewaltigen Mittels zur Steigerung der Produktivität, das jetzt nichts anderes erreicht hat, als einen riesigen Verfall an Produktivität, außer jedem Vergleichnis zum möglichen Abfall.

Unter solchen Umständen bleibt dem Kapital wirklich kaum anderes übrig, als jede Lohnerhöhung alsbald auf die Preise umzuschlagen. Nicht aus Mangel an Geld, sondern weil die Lohnerhöhung kein Geld machen kann, sondern sie nur gegen jede Lohnerhöhung kann, machen sie durch Preissteigerung sofort wieder nutzlos, und viel weniger reichlich aus dem Ausland oder Vaterland, sondern, ganz einfach, weil sie nicht anders können! Damit ist gegeben, daß in dem Alter, das der Kapitalismus jetzt erreicht hat, jede Lohnerhöhung — nicht bloß nominale — Lohnerhöhung nutzlos ist. Dann ändert nichts die Tatsache, daß die Dinge sich im Leben nicht so gewaltig entwickeln, wie in der geschichtlichen, rein logischen Entwicklung auf dem Papier. Im Leben geht die Entwicklung im Jügend vor sich, immer wieder mit Rückschlägen. In England sind jetzt gewisse Löhne durch Lohnerhöhungen herabgesetzt worden. Aber man braucht nur die Gesamtheit der Entwicklung seit August 1914 bis heute ins Auge zu fassen, so wird niemand bestreiten, daß die realen Löhne herabgesetzt kleiner geworden sind. Das bestätigt die Möglichkeit unserer theoretischen Darlegung.

Was folgt daraus? Daß der niedrige Löhne Kapitalismus den Arbeiter nicht einmal die auch schon ungenügende Lebenshaltung der Bevölkerung gewähren kann. Daß er im Gegenteil sich selbst nur noch durch fortgesetztes tieferes Verdrängen des Proletariats am Leben erhalten kann. Daß somit ein wirklicher Aufstieg der Arbeiterklasse wie der Menschheit unmöglich ist, solange noch kapitalistisch gewirtschaftet wird. Daß demnach je eher je besser der Kapitalismus durch den Sozialismus verdrängt werden muß.

### Gatos negative Siege

Im Januar 1924 stellte sich der Reichsanwalt Kleinert seiner brotgebenden Gemeinde als Gewerkschaftler dar, indem er den Ausschluß tat: Die Gewerkschaften müssen zerstört werden! Daß so etwas Balsam für das Gatoherz war, läßt sich denken. Endlich der richtige Mann! Der neue Gato befestigte sich, den Glauben seiner Brotgeber an ihn zu stärken. Er ging an die Arbeit: der Arbeitgeberverband zur Selbst und Umgebung wurde durch Namensänderung zum Industrieverband gemacht und in der neuen Satzung bestimmt: „Ausgeschlossen aus dem Tätigkeitsbereich des Verbandes sind Tarifabschlüsse mit den Arbeitnehmerorganisationen.“

Diese Änderung war natürlich nur als Vorbereitung für die Gewerkschaftsperforation gedacht. Dazu nahm der neue Gato einen Anlauf. Als den Gewerkschaften die Durchsetzung der Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsprüchens vor dem Schlichtungsausschuß gelang, wodurch die Arbeitsverhältnisse der Metallindustrie in Selbst und Umgebung karitlich geregelt wurden, erhob Kleinert Feststellungsklage beim Landgericht in Elberfeld im Namen von 27 Firmen. Damit sollte gerichtlich festgestellt werden, daß trotz des verbindlich erklärten Schiedsprüchens für die Arbeiter „keinerlei Ansprüche gegen die Klägerinnen (die Firmen) bestehen.“ Und richtig, der Gewerkschaftsperforator siegte — aber negativ. Verflucht, was werden die Brotgeber denken, die auf die Erfüllung des Wortes: Die Gewerkschaften müssen zerstört werden! inbrünstig warten? Was blieb weiter übrig, als einen neuen Anlauf zu dem angedachten großen Schlag gegen die vermaledeiten Gewerkschaften zu nehmen? Hierfür brachten die Gatos, die bekanntlich den großen Heiden günstig gestimmt sind, eine präbete Gelegenheit:

Die Wahl der Beiräte für den Verwaltungsausschuß des Bezirksausschusses im Kreise Weimann sollte stattfinden. Die Gemeindevorstandsstelle forderte die Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zur Einreichung von Vorschlagslisten auf. Herr Kleinert reichte für den Industrieverband Selbst und Umgebung sowie für den Industrie- und Handelsverband des Kreises Weimann ebenfalls Vorschlagslisten ein. Dagegen wandten sich die Gewerkschaften, besonders unter Verband. Der geschäftsführende Ausschuß des Landes- und Bezirksamtes der Rheinprovinz erklärte diesen Einpruch für berechtigt und befandete durch ein Erachten, daß der Gemeindevorstandsstelle empfohlen wird, dem Industrieverband Selbst und Umgebung und dem Industrie- und Handelsverband Weimann die Eigenschaft einer Wirtschaftsbereinigung abzusprechen und damit der Beschwerde der Gewerkschaften stattzugeben. Um jedoch durch eine behördliche Entscheidung die Absicht des Herrn K. vollständig unmöglich zu machen, hat unsere Verbandsleitung in Selbst gemeinsam mit dem Christlichen Metallarbeiterverband Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf gegen die Zulassung der von Kleinert eingereichten Vorschlagslisten erhoben.

Auch hier erlitt der neue Gato einen negativen Sieg. Der Regierungspräsident gab der Beschwerde statt. In der Begründung wurde ausdrücklich betont, daß die genannten Industrieverbände des Herrn Kleinert als wirtschaftliche Vereinigung nicht zu betrachten seien. In der ablehnenden Entscheidung des Regierungspräsidenten heißt es, daß schon bei der Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes im Reichstag der Regierungsvorstand erklärt habe:

„Der Begriff der wirtschaftlichen Vereinigung, der in den §§ 7, 9 und anderen Bestimmungen des Entwurfs verwendet wird, ist aus der Verordnung vom 23. Dezember 1918 und dem Betriebsratsgesetz entnommen und bei beiden Gesetzen durch die Praxis geklärt worden. Wenn man ihn auf eine kurze Formel bringen will, so würde man sagen können, daß wirtschaftliche Vereinigungen alle Vereinigungen sind, die fähig sind, Parteien eines Tarifvertrages zu sein.“

Dann heißt es weiter: „Unbestritten haben der Industrieverband Selbst und Umgebung sowie der Industrie- und Handelsverband Weimann-Billich mit dem Absicht von Tarifverträgen mit Arbeitnehmerorganisationen aus ihrem Tätigkeitsbereich durch ihre neue Satzungen ausgeschlossen. Sie haben daher nach der Entscheidung des Reichsarbeitsministers angehöri, eine wirtschaftliche Vereinigung im Sinne der Schlichtungsordnung und ihrer Ausführungsbestimmungen zu sein, da eine solche nur eine tariffähige Vereinigung sein könne.“

Daß nach diesem abermaligen negativen Sieg unser Gato das Gefühl hatte, sich um die weitere Aufseinerung seines Reiches noch ernstlicher zu bemühen, versteht sich. Gestützt, getraut: Er wandte sich an das preussische Handelsministerium mit dem Verlangen, die Entscheidung des Regierungspräsidenten aufzuheben. Aber auch hier wieder einen negativen Sieg. Die handelsministerielle Entscheidung begründet die Entscheidung des Regierungspräsidenten als zutreffend und weist die Beschwerde des Herrn Kleinert als unbegründet zurück. Wörtlich heißt es in der Entscheidung:

„Daß den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die ihre Tariffähigkeit sachgemäß ausschließen, nicht die Eigenschaft als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Arbeitsnachweisgesetzes zuerkannt werden kann, da es nicht billig wäre, solchen Vereinigungen, die bei der verhandlungsmäßigen Regelung der Fragen des Arbeitsvertrages eine Beteiligung ablehnen, bei eng damit zusammenhängenden Fragen in der Selbstverwaltung der Arbeitsnachweise eine entscheidende Mitwirkung einzuräumen.“

Wenn einer dergleichen niederbrütend mit Siegeslockeren beloben ist, so ist es begreiflich, daß er noch einen Laten laßt. Unser Gato wird bald einen neuen Anlauf nehmen. Schon von wegen dem Vermissen der Brotgeber. Wir sehen in langer Erwartung.

### Eine Glanznummer fürs Panoptikum

Es werden uns häufig Unternehmer- und Arbeiterblätter gesandt, worin sich Ergüsse von Hinkermäulern befinden, mit denen wir uns befassen sollen. Aus nachfolgenden Gründen haben wir das in der Regel abgelehnt. Wenn wir heute eine Ausnahme machen, so nur, um unsern Lesern wenigstens an einem Beispiel zu zeigen, welche bedauerlichen Irrtümer die Schicht von Zeitungslesern in ihrer Presse verzeiht, die sich ausnahmsweise wirtschaftslehrend zu sein. In dem „Reichsanwalt“ für die gesamte Rheinprovinz“ will irgendeiner die Gründe des Daniederliegens unseres Arbeiterstandes aufzeigen. Er tut das unter der Überschrift: Freie Bahn dem Lächeln. Als hauptsächlichsten Grund führt er an:

„In einer Fabrik sind zwei Arbeiter, welche in bezug auf Quantität und Qualität ihrer Arbeit vollständig gleich sind, bloß mit dem Unterschied, daß einer ist unverschämter, während der andere ein Arbeiter ist. Obwohl die Leistungen beider gleich sind, bezieht sich der Lohn eines bedeutende Spanne, und wer noch etwas bemerkt, muß sich sagen, entweder wird der Unverschämtere von seinem Unternehmer betrogen oder er muß seine Kräfte für die Familie des Verschämteren opfern. Ersteres ist nicht der Fall, denn durch die oft planlosen Forderungen der Organisation (der Arbeiter) ist unter demselben Industriezweig überhand, und sollte nicht bald demnach einziehen, so wird er vernichtet sein und es wird noch eine längere Zeit für den Arbeiter kommen und er wird mit Schreien die Straße seiner Revolutionarität einzeln können: Hunger und Tod.“

Dogmatik: Hunger und Tod! Das ist, wie jeder zugehen wird, eine recht nette Ansicht. Bisher kommt sie denn eigentlich? Auch der Ansicht des Reichsanwaltens daher, weil der Unverschämtere andere mitemanieren muß, die ihn gar nichts angehen. Im letzten Jutun ankommen zu lassen, ist gleich gesagt, daß mit den anderen, die der Unverschämtere mitemanieren muß, nicht etwa die Unternehmer und die sonstigen anderen Panoptiker mit ihrem Kreuz von Schreibern, Rednern, Rednern, Panoptiker, Schreibern, Rednern und gleich ähnlichen Jutunern gemeint sind, sondern die — verheirateten Kollegen der unverschämten Arbeiter. Um der menschlichen Art der besten Ausnutzung auf Hunger und Tod abzuwehren, rät der gute Mann:

„Hinweggehen muß sich der Arbeiter über den Achtundzwanzigsten, der ihn zur Maschine, zum Sklaven der Organisation (der Arbeiter) erniedrigt. In ihm muß wieder das Gefühl erwachen, daß er beirrt ist, Großes zu leisten und danach trachten muß, selbst ein Werk zu leisten zu lassen, in dem er selbst Herr und Meister ist... Nur so können wir gesund, nur so wird das Los unserer Arbeiter gehoben.“

Wir fühlten uns außerstande, dieser Weisheit etwas hinzuzufügen. Für einen solchen Weisheit besteht nicht einmal die Möglichkeit, sich wegen einer Anstellung zur Arbeiter-Zeitung oder einem gelben Blatt zu begeben, weil er unterwegs von den nach einer Glanznummer jagenden Panoptikumbesitzern bombensicher weggeschlachtet werden wird.

### Ehrung der Jubilare in Elbing

Die letzte Mitgliederversammlung der Elbinger Ortsverwaltung war zugleich eine würdige Feier für die Verbandsjubilare. Wenn die Zahl der Jubilare im Verhältnis zur Mitgliederzahl gering erscheint, so darf nicht unbeachtet bleiben, daß die Abwanderung aus der Stadt mit den niedrigsten Löhnen Deutschlands recht stark ist. Um so mehr sind die großen Opfer anzuerkennen, die die Mitglieder aufbringen in der Hoffnung, es auch einmal in Elbing zu menschenwürdigen Zuständen zu bringen. Hierauf wies Kollege Fischer in seiner der Ehrung der Jubilare dienenden Rede ganz besonders hin. Das überreiche Diplom für eine Anerkennung für treue Pflichterfüllung im Verband. Den jüngeren Kollegen mußte es ein Ansporn sein, in der Verbandsarbeit nicht zu erlahmen. Für den Vorstand und die Bezirksleitung beglückwünschte Kollege Böcher die Jubilare. Der Geist, der diese Feiern befruchtete, bürgt dafür, daß es in Elbing vorwärts gehen wird. Die Namen der Kollegen, die dem Verband über 25 Jahre angehören, sind: H. Behr, G. Emmer, W. Graf, A. Kuhn, B. Kühr, P. Kische, F. Lautenberg, F. Thal, C. Vogel und D. Vogel.

Karl Weichmann Jubilare. Am 1. Oktober feierte Karl Weichmann als Vorsitzender des Tabakarbeiterverbandes sein 25jähriges Jubiläum. Seit 1900 ist der Verband von 17 000 auf 88 000 Mitglieder angewachsen, noch mehr als die Mitgliederzahl ist der Einfluß der Organisation auf die Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter gestiegen. Von diesem Wachstum fällt ein erheblicher Teil auf die Tätigkeit Weichmanns. Aber D. war nicht nur Verbandsvorsitzender, sondern auch Reichstagsabgeordneter und eine Zeitlang Bürgermeister von Bremen. Immer stellte er seinen Mann. Deshalb beglückwünschten ihn die Tabakarbeiter zu seinem Ehrentag. Und wir tun desgleichen.

Bestellt bei Eurem Vertrauensmann den selben erschienenen Metallarbeiter-Kalender!

Um die Werkzeiten wird gebeten! Wir bitten unsere Kollegen, Betriebsräte oder Ortsverwaltungen um regelmäßige Zusendung ihrer Werkzeiten, ob diese von der Firma, dem Betriebsrat oder sonstwie herausgegeben werden. Die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung.

### Mitteilungen des Vorstandes

Zweigamtsadresse: Metallvorstand Stuttgart  
Mit Sonntag dem 11. Okt. ist der 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Oktober 1925 fällig.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit \* bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Summe der Beiträge
	I	II	III	IV	
Kalen	20	15	10	5	40. Bode
Bremen	30	—	—	—	41. "
Frankfurt a. D.	10	10	—	—	42. "
Heidenheim	20	15	—	—	41. "
Köln	20	10	—	—	42. "
Mallwitz	10	10	10	5	40. "
Worms	20	15	10	—	42. "
Wuppertal	20	15	10	5	40. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bitterfeld: Der Former Herbert Schmiegel, geb. am 26. Mai 1904 zu Brieslau, Mitgliedsbuch Nr. 5,280,212, wegen Betrugsversuch.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Elbing: Der Dreher Max Rabalena, geb. am 17. Januar 1885 zu Riechheim, Mitgliedsbuch Nr. 1,382,982, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Gestohlen wurden: Mitgliedsbuch Nr. 4,107,670, lautend auf den Metallarbeiter August Hindemitt, geb. am 11. August 1900 zu Gleiwitz (Gleiwitz). Bei einem Unteroffizier in Hohensalmsburg.

2,206,246, Große, Alfred, Walzer, 20. 1. 1900 Fefelde, 2,745,784, Ritze, Wilhelm, 29. 12. 1899 Hohensalmsburg, 782,248, Ripping, August, Metallarb., 29. 12. 1872, Hohensalmsburg, 2,583,977, Schaffert, Hermann, 2. 5. 1887, Stuttgart, Adreßstraße 16. Der Verbandsvorsitzende.

### Zur Beachtung! Zuguz ist fernzuhalten:

von Feilenarbeitern nach Berlin S.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig („The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.“, Danziger Werft und Eisenbahnwerkstätten A.-G.) St.; nach Detmold (Eisenschmelzwerke) St.; von Tafelglasarbeitern nach Hanau (Sa. Neuwitz) St. 2. = Vohabewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; R. = Rohregulung; W. = Wühlände; A. = Ausberrung; Beiträge auf Beschlagung von Gewerkschaften müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein. Reichstagsende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der so genannte Ort nicht in der Zeitung erscheint, die Entsendung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzubringen. Das Schriftbild ist von der Verwaltung, der bei Mitgliedern genau angeht, zum Ausdruck der Mitgliedschaft abzuwecken zu lassen.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adreßstraße 16